

Graudenzer Zeitung.

General-Anzeiger

für West- und Ostpreußen, Posen und das östliche Pommern.



Er scheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen, kostet für Graudenz in der Expedition...

Anzeigen nehmen an: Briefen: P. Gonschorowski, Bromberg; Genssner'sche Buchdr. Druckschreib.

Die Expedition des Gefelligen besorgt Anzeigen an alle anderen Zeitungen zu Originalpreisen ohne Porto- oder Spesenberechnung.

Politische Anschan.

Die Annahme des deutsch-russischen Handelsvertrages ist mit der Abstimmung am Sonnabend im Reichstage entschieden.

Folgende Liste giebt ein Bild der Abstimmung aus den einzelnen Parteien:

Dafür stimmten von den Konservativen Graf v. Dönhoff, Erbprinz zu Hohenlohe-Dehringen und der Hospitant Frhr. von v. Bulach...

Dagegen stimmten die Deutschkonservativen und ihre Hospitanten mit den oben erwähnten Ausnahmen; von der Reichspartei Graf v. Arnim...

Gesicht haben: von den Konservativen Gescher, beide Grafen Raniß, von der Osten, Steinmann, Steppuhn, Stroch...

Graf Dönhoff, der auch mit Ja stimmte, ist aus der konservativen Fraktion vorher ausgetreten.

In der Fraktion der Deutschkonservativen fand am Sonnabend vor der Verathung des Handelsvertrages eine äußerst stürmische Sitzung statt.

Die Mandatsniederlegung des Abg. v. Koszielski, die auch nach einer langen erregten Sitzung der Fraktion stattfand, macht ungewöhnliches Aufsehen.

Koszielski, Abgeordneter für Inowrazlaw-Mogilno, seit 1884 dem deutschen Reichstag angehörig, hatte seit dem Einfluß auf seine Landsleute in jüngster Zeit in einem gewissen regierungsfreundlichen Sinne ausgeübt...

Der „Goniec Wielki“ meint ziemlich höhnisch, Herr v. Koszielski habe nach der Erklärung des Unterrichts-Ministers derartig den Geschmack an der Sache verloren...

Der bereits in der letzten Nummer von uns kurz gemeldete Zwischenfall in der Reichstags-Sitzung am Freitag wird jetzt ausführlicher geschildert und auch in dieser Darstellung zeigt sich bereits die „Stimmung“ des Herrn von Koszielski:

Der antimilitärische Abg. Böckel hatte seine Rede gegen die Bewilligung des Panzergeschiffes „Erfag Preußen“ von dem Platze des polnischen Abg. Fürst Radziwill aus gehalten...

Daß Herr Stanislaus von Kosciol-Koszielski von der Führung der polnischen Reichstagsfraktion zurückgetreten, ist möglicherweise für die deutsche Regierung vortheilhaft...

Zweifelslos ist man in Rußland über mehrere Zugeständnisse der preussischen oder der Reichsregierung an die Polen sehr angebracht.

Es muß doch Jedermann auffallen, daß die politischen Träumereien und offenen Predigten eines nationalen Polenthums in Wachsen begriffen sind.

Wir wollen hier nicht davon sprechen, daß die Schaffung „nationaler“ Regimenter zu solchen Zuständen führen dürfte, wie in Oesterreich...

Angesichts der fieberhaften Agitation für Polonismus in Preußen und Oesterreich, wo die Polen so frei und ungezügelt hinleben, und ferner der bekannten Thatsache, daß die Polen nie ein Maß in ihren Forderungen kennen...

Ueber den Ausgang eines solchen wahnwitzigen Versuches — so heißt es weiter — könne man natürlich nicht im Zweifel sein, denn er würde sofort energig nieder- geworfen werden und über die Polen neues Glend bringen.

Aber sollte man nur die Polen beschuldigen, wenn Derartiges sich zutragen wird? Wäre nicht in bedeutendem Maße auch die Regierung schuldig, die aus Kurzsichtigkeit oder um Augenblicks-Rücksichten willen, sich hinreizen ließ zu Maßnahmen, die der polnischen Propaganda nur neue Kraft verleihen...

Auf die polnischen Träumereien ist auch der Abg. v. Puttkamer-Plauth in seiner Rede, die er am 3. März im preussischen Abgeordnetenhaus gegen den Abg. Motzky (Pole) gerichtet hat, näher eingegangen.

Man könnte aus dem ruhigen Tone versucht sein, den Schluß zu ziehen, daß die Herren Polen in der That gewissermaßen Abschied genommen haben von gewissen Plänen, die sie alle bisher als in ihrer Brust ruhend erachtet haben.

Auf den Trümmern des abeligen Polens erhebt Kosciuszko die Fahne der wahren Demokratie als Zeichen, wo der Weg zur Wiederherstellung Polens zu suchen ist.

Hier ist also in einem Blatt, welches als Hauptblatt der polnischen Partei zu betrachten ist, und zwar nicht der demokratischen Partei, sondern der Partei, die man heute unter dem Namen „Gospartei“ zu bezeichnen pflegt, noch in ganz neuester Zeit, am 23. Februar dieses Jahres, ganz klipp und klar der Gedanke hingestellt, daß kein Pole auf die Wiederherstellung Polens verzichte...

Die Księgarnia Katolicka (polnisch-katholische Buchhandlung) in Posen verbreitet gegenwärtig einen illustrierten Prospekt, in dem allerlei Lieder, Schriften und Medaillen zum Kosciuszko-Jubiläum angeboten werden.

Ein jetzt den Polen in den preussischen Ostprovinzen angebotenes Bild zeigt den Ring zu Krakau mit polnischen Gruppen, die sich unter der Losung „Kosciuszko, Polen und Freiheit!“ dort zusammengefunden haben.

Der „Goniec Wielkopolski“ in Posen versendet an die Geistlichen Oberschlesiens polnische Broschüren, betitelt: „Die Erhebung der polnischen Nation unter Führung Thaddäus Kosciuszko's im Jahre 1794. Jubiläumsausgabe.“

Wenn die polnischredenden Oberschlesier auch verlangen, daß in den ober-schlesischen Schulen die Mutter-sprache gelehrt werde, liegt es uns doch fern, polnisches Nationalgefühl, von dem beim Oberschlesier nichts vorhanden ist, dem Volke beibringen zu wollen.

Berlin, 12. März.

Die Kaiserin ist, wie dem „Gefelligen“ aus Berlin telegraphirt wird, heute früh 8 Uhr 27 Min. mit ihren Kindern nach Abbazia abgereist.

Die Kaiserin legt die Reife ohne Unterbrechung zurück und fährt am Dienstag Mittag bis zur Station der Südbahn Mattuglie, wo der Statthalter von Istrien

















Freudenz, Dienstag]

Reichstag.

68. Sitzung am 10. März.

Der Abg. v. Roscielski hat sein Mandat niedergelegt. Die Verlängerung des Handelsprovisoriums mit Spanien wird in erster und zweiter Verathung genehmigt.

Zur Geschäftsordnung bemerkt Abg. Frhr. v. Mantuffel (Dt.): Im Namen und im Auftrag meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß wir es auf das lebhafteste bedauern, daß der Bericht der Handelsvertragskommission nur ein mündlicher ist.

Abg. Richter (Freis. Ver.): Es handelt sich hier um ein wichtiges Werk, dessen Zustandekommen man im Lande mit großer Spannung entgegenfiehet. Der Vertrag soll am 20. März in Kraft treten.

Abg. Vachem (Centr.): Wenn meine Partei gegen eine schriftliche Berichterstattung gestimmt hat, so lag das ausschließlich in dem Wunsche, noch vor Ostern fertig zu werden.

Abg. Hamacher (nl.): Ich muß als Vorsitzender der Kommission bestätigen, daß die angegebenen Gründe richtig sind, die die Kommission bestimmt haben, von einem schriftlichen Bericht Abstand zu nehmen.

Abg. Frhr. v. Mantuffel: Wir würden von dem Mittel Gebrauch machen. Wir fürchten nur, es würde ohne jeden Erfolg sein bei der jetzigen Majorität.

Abg. Hamacher (nl.): Ich muß dieser Kritik des Vorredners entgegenreten. Auch die Freunde des Vertrages haben ihre Gründe in ausgiebiger Weise zum Ausdruck gebracht.

Artikel 1 enthält den Grundsatz der Gleichstellung der Angehörigen des fremden Staates mit den Einheimischen in Bezug auf Handel und Gewerbebetrieb.

Referent Abg. Müller (nl.) berichtet ausführlich über die Kommissionsverhandlungen.

Abg. Sasse (nl.): Es liegen uns Anträge der Abgg. Frhr. v. Hammerstein und Leuz vor, welche die Einwanderung russischer Juden verhindern wollen.

Reichskanzler Graf Caprivi: In Bezug auf die Anregung, die der Vorredner betreffs der Staffeltarife gegeben hat, kann ich erklären, daß die verbündeten Regierungen voll dem zustimmen, was der Staatssekretär des Reichsamts des Innern in der Kommission ausgesprochen hat.

Abg. Frhr. v. Hammerstein (Konf.): Ich habe darauf zu erwidern, daß zwar die Erwägungen in dem preussischen Ministerium für öffentliche Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind, daß sie aber schon jetzt so viel ergeben, daß wesentliche wirtschaftliche Bedenken sich der Aufhebung der Staffeltarife bereits am 1. August nicht entgegenstellen.

achten des Landeseisenbahnraths. Es wird nun zunächst wiederum der Landeseisenbahnrath darüber zu hören sein, wie man nun die Tarife zu gestalten hat, um denjenigen Bedenken gerecht zu werden, die gegen die Staffeltarife geltend gemacht sind.

Abg. Frhr. v. Marschall: Die deutschen Regierungen haben nach dem Vertrage vollkommen freie Hand, russische Individuen vom Eintritt auf deutsches Reichsgebiet abzuhalten und sie, nachdem sie eingetreten sind, wieder abzuschieben.

Abg. Lohse (Reformp.): Seit Jahren ist Rußland bemüht, seine jüdischen Staatsbürger abzuschieben. Herr Richter hat ja versprochen, uns heute im Plenum eine Belehrung über die Judenfrage im Osten zu Theil werden zu lassen.

Abg. Richter (Freis. Ver.): Man hat für die Behauptung, daß die russischen Juden eine Landplage werden würden, kein Beweismaterial beigebracht, also gebe ich nichts auf diese Phrase, und wir werden in der Debatte mögliche Enthaltensamkeit üben, um den Vertrag möglichst schnell zu Stande zu bringen.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Dsch.-soz., Antif.): Ich bin von Anfang an gegen die ganze Handelsvertragspolitik gewesen und bin heute froh darüber. Die Russen haben sich den richtigen Zeitpunkt für den Vertrag ausgesucht, sie allein haben Vortheil davon.

Abg. Richter (Freis. Ver.): Die christliche Nächstenliebe verbietet es, eine Religionsgemeinschaft, wie die jüdische, so zu behandeln, wie es jetzt geschieht.

Abg. Sasse (nl.): Es liegt uns Anträge der Abgg. Frhr. v. Hammerstein und Leuz vor, welche die Einwanderung russischer Juden verhindern wollen.

Reichskanzler Graf Caprivi: In Bezug auf die Anregung, die der Vorredner betreffs der Staffeltarife gegeben hat, kann ich erklären, daß die verbündeten Regierungen voll dem zustimmen, was der Staatssekretär des Reichsamts des Innern in der Kommission ausgesprochen hat.

Abg. Frhr. v. Hammerstein (Konf.): Ich habe darauf zu erwidern, daß zwar die Erwägungen in dem preussischen Ministerium für öffentliche Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind, daß sie aber schon jetzt so viel ergeben, daß wesentliche wirtschaftliche Bedenken sich der Aufhebung der Staffeltarife bereits am 1. August nicht entgegenstellen.

Abg. Frhr. v. Hammerstein (Konf.): Ich habe darauf zu erwidern, daß zwar die Erwägungen in dem preussischen Ministerium für öffentliche Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind, daß sie aber schon jetzt so viel ergeben, daß wesentliche wirtschaftliche Bedenken sich der Aufhebung der Staffeltarife bereits am 1. August nicht entgegenstellen.

Abg. Frhr. v. Hammerstein (Konf.): Ich habe darauf zu erwidern, daß zwar die Erwägungen in dem preussischen Ministerium für öffentliche Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind, daß sie aber schon jetzt so viel ergeben, daß wesentliche wirtschaftliche Bedenken sich der Aufhebung der Staffeltarife bereits am 1. August nicht entgegenstellen.

Abg. Frhr. v. Hammerstein (Konf.): Ich habe darauf zu erwidern, daß zwar die Erwägungen in dem preussischen Ministerium für öffentliche Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind, daß sie aber schon jetzt so viel ergeben, daß wesentliche wirtschaftliche Bedenken sich der Aufhebung der Staffeltarife bereits am 1. August nicht entgegenstellen.

Abg. Fürst Radziwill (Pole): Der Artikel 1 des Vertrages liegt uns im Großen und Ganzen als ein Abkommen vor, welches bestimmt ist, Handel und Wandel in einheitlichere, stetigere Verhältnisse unter Beseitigung des Zollkrieges zu führen.

Abg. Hilpert (Bayer. Bauernbund) spricht sich gegen den Vertrag aus. Man werde den Vertrag mit wahrer Entrüstung in Bayern aufnehmen, wenigstens in den landwirtschaftlichen Kreisen.

Abg. Vachem (Centrum): Ich glaube, daß der Würde des Reichstags etwas vergeben würde, wenn die Aeußerungen des Herrn v. Liebermann ohne Widerspruch blieben.

Abg. Richter (Fr. V.): Die Aufhebung der Staffeltarife bedauere ich auf das Allerheftigste als Vertreter eines Bezirks im Westen, dessen Bevölkerung dadurch eine Vertheuerung der Lebensmittel erfährt.

Abg. Graf v. Arnim (Reichsp.): In Bezug auf die Staffeltarife befinde ich mich in der seltenen Lage, mit Herrn Richter übereinzustimmen. Das Reich ist nicht berechtigt, Preußen zum Aufheben der Staffeltarife zu zwingen.

Reichskanzler Graf v. Caprivi: Woher der Herr Vorredner die Ansicht hat, daß das Reich Preußen zur Aufhebung der Staffeltarife zu zwingen versucht, ist mir unbekannt.

Abg. Schall (deutsch.): Wenn man das Ueberwuchern des jüdischen Elements in allen Gebieten des öffentlichen Lebens erkennt, so muß man als deutscher Mann gegen die Verfestigung dieses Elements sich erklären.

Abg. Frhr. von Hereman (Zentr.): Die christliche Nächstenliebe verbietet es, eine Religionsgemeinschaft, wie die jüdische, so zu behandeln, wie es jetzt geschieht.

Abg. Richter (Freis. Ver.): Die christliche Nächstenliebe verbietet es, eine Religionsgemeinschaft, wie die jüdische, so zu behandeln, wie es jetzt geschieht.

Abg. Holz (Reichsp.): Ich freue mich, daß der Abg. Richter das natürliche Recht der Landwirtschaft auf Staffeltarife anerkennt.

Abg. Richter (Freis. Ver.): Die christliche Nächstenliebe verbietet es, eine Religionsgemeinschaft, wie die jüdische, so zu behandeln, wie es jetzt geschieht.

Abg. Richter (Freis. Ver.): Die christliche Nächstenliebe verbietet es, eine Religionsgemeinschaft, wie die jüdische, so zu behandeln, wie es jetzt geschieht.

Abg. Richter (Freis. Ver.): Die christliche Nächstenliebe verbietet es, eine Religionsgemeinschaft, wie die jüdische, so zu behandeln, wie es jetzt geschieht.

Abg. Richter (Freis. Ver.): Die christliche Nächstenliebe verbietet es, eine Religionsgemeinschaft, wie die jüdische, so zu behandeln, wie es jetzt geschieht.

Abg. Richter (Freis. Ver.): Die christliche Nächstenliebe verbietet es, eine Religionsgemeinschaft, wie die jüdische, so zu behandeln, wie es jetzt geschieht.

Abg. Richter (Freis. Ver.): Die christliche Nächstenliebe verbietet es, eine Religionsgemeinschaft, wie die jüdische, so zu behandeln, wie es jetzt geschieht.

Abg. Richter (Freis. Ver.): Die christliche Nächstenliebe verbietet es, eine Religionsgemeinschaft, wie die jüdische, so zu behandeln, wie es jetzt geschieht.

Abg. Richter (Freis. Ver.): Die christliche Nächstenliebe verbietet es, eine Religionsgemeinschaft, wie die jüdische, so zu behandeln, wie es jetzt geschieht.

Abg. Richter (Freis. Ver.): Die christliche Nächstenliebe verbietet es, eine Religionsgemeinschaft, wie die jüdische, so zu behandeln, wie es jetzt geschieht.

Abg. Richter (Freis. Ver.): Die christliche Nächstenliebe verbietet es, eine Religionsgemeinschaft, wie die jüdische, so zu behandeln, wie es jetzt geschieht.

Abg. Richter (Freis. Ver.): Die christliche Nächstenliebe verbietet es, eine Religionsgemeinschaft, wie die jüdische, so zu behandeln, wie es jetzt geschieht.

Abg. Richter (Freis. Ver.): Die christliche Nächstenliebe verbietet es, eine Religionsgemeinschaft, wie die jüdische, so zu behandeln, wie es jetzt geschieht.









